

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Heinrich Uhlmann, Riesa. Druck: Riesaer Druckerei, Riesa.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton. Dresden 1532. Verlagsamt Riesa Nr. 53.

Nr. 35.

Dienstag, 11. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erst, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe der Auftragsformulare in Konformität mit den Zahlungs- und Erfüllungsort, Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Beginn der Arbeiten.

an. Wenn der Reichstag heute seine Arbeiten aufnimmt, so wendet er sich einer Tätigkeit zu, die ihn angeht und in Anspruch nimmt, bis der Etat unter Dach und Fach ist. Würde der Versuch unternommen, auch die Youngberatung noch zu verschleppen, um zunächst eine Verständigung über die Steuern, also die Deduktion des Fehlbetrages zu erzielen und womöglich gleichzeitig einen festen Plan für die Finanzreform zu gewinnen, so hat der Außenminister diese Verzögerungstaktik abgelehnt, da er mit Recht den Hinweis bringen konnte, dass bei der dritten Lesung am 1. April frei werde. Die Parteien haben zunächst beifällig den Versuch gemacht, die Steuerfragen mit der Youngberatung zu verbinden, sind aber, infolge der vielen Widerstände, davon abgekommen und werden während der Zeit, da sie die Young-Berater, ihre Finanzsachverständigen sprechen lassen. Diese traten ebenfalls heute zusammen mit der Ausgabe, die Vorschläge Moldenhausers zu überprüfen und eine Mehrheit für die Staatsberatung zu suchen, um den Etat reibungslos zu verabschieden. Das alles wird in der Debatte über die Krise zu vermeiden, ist von uns wiederholt betont worden. Auch die Einsetzung des Ausschusses der Finanzsachverständigen lässt das erkennen.

Wir sind also in diesen Tagen nach zwei Seiten interessiert. Die eine ist der Youngplan und die ihm anhängenden Gesetze. Bekanntlich ist wohl über alle Fragen, die hier zur Verhandlung stehen, eine Einigung gefunden worden, aber noch immer drängt sich mit dem politischen Liquidationsabkommen eine Schwierigkeit auf. Ob die Verwirklichung der volkspolitischen Provinz-Organisationen die Wirkung auf die Fraktion haben, das wird noch einmal ihre Stellung resümiert, bleibt abzuwarten. Jedenfalls tritt die Fraktion vor der Reichstagsberatung noch einmal zusammen. In parlamentarischen Kreisen heißt es, die Mehrheit für den "Neuen Plan" und die ihm anhängenden Gesetze wäre vorhanden. Da auch eine Verbindung der Staatsfragen mit diesen Beratungen nicht stattfinden soll, so dürfte eine Mehrheit sich für die Vorarbeiten des Außenministers einstellen.

Aber unabweisbar wird die andere Frage, der Etat und die notwendige Steuererhöhung, die Fraktionen weiter in Bewegung halten. Es ist interessant, die Aufstellung des Reichsfinanzministers zu prüfen, die mit einem Mehrbedarf von 1000 Millionen Mark abschließt und einzelne Ausgabenposten enthält, die man in der großen Debatte, welche Steuern und wieviel Steuern abgesetzt werden sollen, völlig überlässt. Das aus dem Jahre 1928 ein Fehlbetrag von 185 Millionen vorliegt, ist bekannt, das für den Tilgungsfonds für schwedische Schuld 450 Millionen einbezogen werden müssen, ist das Verdienst des Herrn Schacht, der eine langfristige Anleihe verbietet, das 50 Millionen für Anleihebildung einbezogen werden, entspricht der gleichen Ursache. Nun aber zeigt sich, dass man die Beihilfe für die Arbeitslosenversicherung bei ihrer angelegten Reform ganz willkürlich zu niedrig nahm, denn heute sieht man ein, dass wenigstens 370 Millionen notwendig sind, dazu kommt ein Zuschuss an die Invalidenversicherung mit 170 Millionen, ein Zuschuss für die Kriegsvorfälle mit 100 Millionen und jetzt, wie die sozialen Ausgaben erheblich dazu beitragen, und trotz Steuerermäßigung, Steuererhöhung zu bringen. Auffallend ist aber der Posten von 290 Millionen Mark, mit dem der Finanzminister den Steuerrückgang einschätzt. Hier wird also ohne weiteres zugegeben, dass entweder die wirtschaftliche Notlage oder die Unfähigkeit der breiten Masse, Steuern zu zahlen, die Steuervoranschläge über den Haufen wirft. Angesichts dieser Forderungen ist die Ersparnis von 700 Millionen aus dem Youngplan ein Tropfen auf dem heißen Stein. Was sollte mit diesen 700 Millionen alles geschehen, welche großen Pläne waren gereift, wie hat man mit Zahlen jongliert und verbeißelt, legt werde sich sofort die Minderabgabe für Reparationen bemerkbar machen. Mit Rücksicht auf die Finanzminister die Passivseite und hier werden die Finanzsachverständigen der Partei zu prüfen haben, ob sie dem Finanzminister folgen können. Das an den Ausgaben, die so vorsichtig genommen sind, gekürzt werden kann, ist nicht anzunehmen. Außerdem lehrt die Erfahrung des letzten Jahres, dass es besser ist, nicht willkürliche Streichungen vorzunehmen, da dann doch eine Etatüberstreichungen kommen müßte.

Ueber die geforderten Steuern ist genug gesagt worden. Sie leben Befürworter und Ablehner. Sie finden Zustimmung und schärfste Ablehnung. Wieder einmal werden die Parteien herumzudoktern haben, um das Kompromiß zu finden, das nun einmal notwendig ist, um den Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft zu verhindern und die Parteipaltung umzubringen zu machen. Man spricht davon, daß die Parteien in der Mehrheit doch für Steuern auf Benutzungsmittel plädieren und daß die Umsatzsteuer umgangen werden kann, daß dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei für die Wertsteuer Konzeptionen auf anderem Gebiet gemacht werden und alle Kräfte deshalb auf eine Vereinfachung des Etats hinarbeiten, um diesen Staatsarbeiten sofort die Reichsfinanzreform folgen zu lassen.

Interessant dabei ist, daß man heute nicht mehr an eine Finanzreform denkt, die für die nahe Zukunft gelten soll, sondern an eine Reform auf weite Sicht, an eine Reform, die weniger die Finanzen angeht, als die Aufgaben- und Kräfteverteilung. Man wird während der Tage, da die Staatsberatung werden, immer wieder Absteher in die Finanzreform machen, aber die tatsächlichen Arbeiten ernst aufnehmen, wenn man die Staatsarbeiten hat.

Die Grüne Front an den Reichsernährungsminister.

Berlin. Die Führer der Grünen Front, Brandes, Schiele, Hermes und Behr haben ein Schreiben an den Reichsernährungsminister für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet, das lautet:

Die Entwicklung der letzten Monate hat unabweislich dargelegt, daß die bisherigen Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften und die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen nicht zu einer Besserung der Lage der Landwirtschaft herbeigeführt haben, sondern sogar eine weitere wesentliche Verschärfung der Agrarkrise nicht aufhalten vermochten. Wir haben immer wieder nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Hauptursache für diese verhängnisvolle Entwicklung in der zeitlich ver späteten Durchführung und in der Unvollständigkeit der getroffenen Hilfsmaßnahmen liegt. Wenn, um nur einiges hervorzuheben, die Kündigung des schwedischen Handelsvertrages früher oder die Erhöhung des Futtergetreidesollens zu dem von uns angeforderten Zeitpunkt und in der von uns vertretenen Form erfolgt wäre, die die Gefahr einer umfangreichen Vorkriegsproduktion weitgehend ausschloß, so hätte dies zweifellos eine Verbesserung der gesamten Lage bewirkt.

In diesem Augenblick der höchsten Not beabsichtigen wir jedoch nicht, nur rückwärtig Kritik zu üben. Wir enthalten uns daher auch weiterer Ausführungen über andere getroffene Maßnahmen, sondern verweisen erneut für die einzelnen Gebiete auf die dringlichsten Maßnahmen, deren weitere Hinausschiebung unter den gegenwärtigen Umständen weniger denn je verantwortet werden könnte.

Beizen. Der gegenwärtige Preisstand beträgt 120 v. H. des Vorkriegspreises. Die unvollständige und wenig entschiedene Art der Durchführung des Vermahlungsamanges während der ersten Monate nach der Ernte hat unlangbar umfangreiche Vorkündigungen ermöglicht und damit den Eintritt der Wirkung des Vermahlungsamanges zeitlich hinausgeschoben. Um so mehr muß nach den inzwischen vorliegenden Erfahrungen verlangt werden, daß nicht vorzeitig eine Vorkünderung des Vermahlungsamanges eintritt und daß die Fortführung einer eingehenden Kontrolle gewährleistet wird.

Roggen. Die Preise liegen gegenwärtig zwei v. H. unter Vorkriegshöhe. Nachdem durch die verspätete Einführung des erhöhten Futtergetreidesollens und in Verbindung hiermit durch eine umfangreiche Vorkünderung die von uns vorausgesetzte Abschwächung der Wirkung dieser Maßnahmen tatsächlich eingetreten ist, ist ihre Ergänzung durch eine Droffolung der Maisernte umso dringlicher geworden.

Wir erwarten, daß die Regierung alle geeigneten Schritte in dieser Hinsicht unverzüglich einleitet. Daneben dürfen Roggenzucht und Exportförderung einschließlich der Erhöhung des Einfuhrschutzwertes nicht vernachlässigt werden. Die bisherigen Verhandlungen mit Polen erscheinen nur dann als gerechtfertigt, wenn es gelingt, bis zum 10. Februar d. J. tatsächlich zu einem endgültigen Abkommen mit Polen zu gelangen, das die deutschen Interessen voll wahr. Wenn auch alle geeigneten Maßnahmen zur Förderung des Roggenverkehrs nachdrücklich Unterstützung verdienen, so werden sie doch in ihrer Wirkung hinter den ausgedeuteten anderen Maßnahmen erheblich zurückbleiben.

Wagner. Der Preis der Wagnererlei steht gegenwärtig auf 90 bis 95 v. H. des Vorkriegsstandes. Eine Höherbewertung des Einfuhrschutzes und eine Erweiterung des Kontingents für die Einfuhrschutze mit erhöhtem Wert erscheint unerlässlich.

Safer. Der gegenwärtige Preis beträgt 80 v. H. des Vorkriegsstandes. Auch hier ist die sofortige Hinausschiebung

des Einfuhrschutzwertes auf die volle Zollhöhe zur Förderung des Exports und damit zur Entlastung des Binnenmarktes dringend geboten.

Kartoffeln. Die Preise stehen zum Teil unter Vorkriegshöhe. Die mit unserem Schreiben vom 15. August 1929 Ihnen übermittelten eingehenden Vorschläge für innerwirtschaftliche organisatorische Maßnahmen zur Regulierung des Kartoffelmarktes und zur Förderung des Kartoffelabfahrs sind leider nicht verwirklicht worden. Wir erlauben uns daher, erneut auf die Dringlichkeit solcher Maßnahmen hinzuweisen.

Wider. Die Preise für Rüge liegen um 80 bis 85 v. H. der Vorkriegspreise. Nur durch eine Droffolung der überflüssigen Einfuhren kann hier eine durchgreifende Abhilfe geschaffen werden. Es muß beabsichtigt werden, daß die trotz der verhängnisvollen Preisentwicklung Schweden kürzlich gemachten neuen Konzeptionen sich in bedeutsamer Weise auswirken werden. Leider sind die in dem neu geschaffenen Paragraphen vier des Reichsviehsteuergesetzes der Reichsregierung an die Hand gegebenen Vollmachten bisher unbenutzt geblieben. Gerade auf die Bedeutung dieser Vollmachten haben Sie, Herr Reichsminister, vor den einschlägigen Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften hingewiesen. Um so notwendiger erscheint es, auch tatsächlich von diesen Vollmachten Gebrauch zu machen.

Milch und Molkereierzeugnisse. Die Milchpreise liegen zum Teil unter Vorkriegsstand. Die Butterpreise betragen etwa 120 v. H. des Vorkriegsstandes. Eine nachhaltige Verbesserung wird auf dem Gebiet der Milchwirtschaft nur dann erhofft werden können, wenn die Milchproduzenten durch den deutschen Volkserzeugnisse gleichmäßig und in angemessenem Verhältnis zueinander. In dieser Richtung hat das von der Reichsregierung abgeschlossene Zusatzabkommen zum deutsch-finnischen Handelsvertrag in den Kreisen der milchproduzierenden und milchverarbeitenden Landwirte mit Recht die ersten Bedenken hervorgerufen. Die in diesem Abkommen vorgesehene weitgehende Bindung des Butterzolls und vor allem die vorgesehene Bindung der unproportional niedrigen Käsepreise müßte zu einer Anhebung des Butterzolls und zu einem Wirtswort auf dem Gebiet der Milchwirtschaft führen. Wir halten nach wie vor dieses Zusatzabkommen für untragbar und richten erneut die dringende Bitte an Sie, sich mit Nachdruck für neue Verhandlungen und im Falle der Erfolglosigkeit solcher Verhandlungen innerhalb einer kurz bemessenen Frist für eine Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages einzusetzen, damit die deutsche Landwirtschaft nicht endlich in den Genuss des vor mehr als sieben Monaten beschlossenen erhöhten Butterzolls gelangt. Wir wollen uns heute veranlassen, auf weitere dringliche Maßnahmen für andere Zweige der landwirtschaftlichen Erzeugung, wie für den Zuckerrüben-, Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak- und anderes einzugehen, behalten uns dies aber für die nächste Zeit vor.

Zum Schluß möchten wir unserer größten Befürchtung darüber Ausdruck geben, daß ein weiteres Verschleppen der leider fortschreitenden Radikalisierung in der Landwirtschaft fördert und es den Besonnenen Elementen immer mehr erschwert, sich diesen Tendenzen entgegenzustellen. Die weitere Verschärfung der landwirtschaftlichen Lage müßte, ob die Wirtschaft es will oder nicht, schließlich dazu führen, daß monopolistische Regelungen mit Hilfe des Staates unvermeidlich werden, gegen die gerade Sie, Herr Minister, immer die stärksten grundsätzlichen Bedenken geäußert haben.

Kriegsopferversorgung und Haushaltsberatung.

Berlin. Zu den bevorstehenden Haushaltsberatungen hat der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen e. V. dem Reichstag eine Eingabe ausgeben lassen, in der über die den Haushalt berührenden Fragen der Kriegsopferversorgung bemerkt wird, daß der Reichsanwalt Müller bei der Abgabe der Proklamationserklärung am 28. Juni 1928 ausgeführt habe, daß niemand im deutschen Volke den zu Schaden gekommenen Kämpfern des Weltkrieges und ihren Hinterbliebenen das Recht auf eine ausreichende Versorgung verweigern werde. Leider habe die Absicht der Reichsregierung, das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen zu bessern, bisher nicht verwirklicht werden können. Grundlegend sei für den neuen Haushaltsplan aus den Erfahrungen des letzten Jahres die Forderung abzuleiten, daß die bestehenden Rechtsansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen unter allen Umständen pünktlich befristet werden können. Das Ziel in der Hinterbliebenenversorgung müsse dahin abgeändert werden, daß die Rente der Kriegserhinterbliebenen mit dem Maßstab der sozialen Bedürfnisse gemessen und diesen Bedürfnissen unbedingt angepaßt werde. Der Streit um die Gehaltsbehandlung für Kriegserhinterbliebene müsse durch die Schaffung eines Rechtsanspruches nun endlich seinem Ende entgegengeführt werden. Zusammenfassend ausgedrückt kommt es darauf an, den notwendigen Ausbau der Versorgung unbedingt während des Jahres 1930 vorzunehmen, da eine weitere Hinausschiebung der schon für das Jahr 1929 in Aussicht genommenen Novelle zum Reichsversorgungsgesetz zu einer unabsehbaren Beunruhigung der Beteiligten führen müßte.

Die Flotten-Konferenz.

Das U-Boot in Front. — Frankreich kollert.

London. Das ganze Interesse der Flottenkonferenz konzentriert sich auf die Vollziehung am heutigen Dienstag, die der Unterseebootsfrage gemeldet ist. Alle im Verlauf des Montag stattgefundenen Besprechungen zwischen Macdonald und Kinnon, Macdonald und Brand, Brand und Macdonald und andere, galten den Unterseebooten. In der Dienstag-Vollziehung werden Amerikaner und Engländer der Form nach die völlige Abschaffung der Unterseeboote vorklagen. Ein italienischer Delegierter machte zum Vertreter der Telegraphenunion die bezeichnende Ausrufung: "L'abbiamo visto, und zu kollieren, haben nun zu einer Kollierung Frankreichs geführt! Dementsprechend ist die Stimmung!